

KURZPOSITION

Position zur Studie „Klimapfade für Deutschland“

Die Bundesregierung hat ambitionierte Klimaschutzziele bis 2050 gesetzt, welche die deutsche Nicht-eisen(NE)-Metallindustrie vor erhebliche Herausforderungen stellt. Dennoch bekennt sich die NE-Metallindustrie zum Klimaschutz und leistet seit Jahren ihren Beitrag dazu. Am 18. Januar 2018 stellt der BDI die von Boston Consulting Group (BCG) und Prognos erstellte Studie „Klimapfade für Deutschland“ vor. Sie wurde unter Mitarbeit der WVMetalle und drei ihrer Mitgliedsunternehmen erarbeitet.

1. Ziel und Konzept der Studie

Die Studie zeigt auf, wie die Klimaziele der Bundesregierung – 80 % bzw. 95 % CO₂-Minderung 2050 gegenüber 1990 – zu volkswirtschaftlich geringsten Kosten erreicht werden können, ohne dass es negative Auswirkungen für die Industrie gibt. Es handelt sich dabei nicht um eine „Roadmap“ bzw. um einen aus Sicht der Industrie zu verfolgenden Reduktionsplan, sondern um den Versuch, in Szenarien mögliche Wege zur Zielerreichung 80 % und 95 % zu berechnen. In diesen Wenn-Dann-Szenarioanalysen werden die Kosten der Zielerreichung auf rein volkswirtschaftlicher Ebene optimiert. Folgende drei Szenarien wurden in der Studie konstruiert:

- Referenzszenario: Das Referenzszenario schreibt die bisherige Klimapolitik der Bundesregierung und der EU fort. Es enthält damit eine Reihe unwirtschaftlicher Maßnahmen, erfordert eine Zusatzinvestition von ca. 500 Mrd. Euro und führt zu einer CO₂-Reduktion von ca. 60 %.
- Nationales 80 %-Szenario: Im *N80*-Szenario betreibt neben einigen wenigen einzelnen Ländern nur Deutschland Klimaschutz, sodass 80 % CO₂ in Deutschland reduziert werden.
- Globales 95 %-Szenario: Im *G95*-Szenario bekennen sich zumindest die G20-Staaten zum 95 %-Ziel und betreiben gleichgerichteten Klimaschutz, sodass 95 % CO₂ reduziert werden.

2. Annahmen der Studie

Die in der Studie getroffenen Annahmen sind für die Aussagekraft der Ergebnisse von außerordentlicher Bedeutung. Es wurden insbesondere folgende Annahmen getroffen:

- In allen drei Szenarien – Referenz, N80 und G95 – wurde ein vollständiger Carbon-Leakage-Schutz unterstellt; d.h. 0,- Euro CO₂-Kosten für die Industrie bzw. vollständige Kompensation aller direkten und indirekten Kosten. Dies erfordert bereits im Referenzszenario erhebliche politische Anstrengungen, denn erst 2017 wurde in Brüssel bei der Reform der Emissionshandelsrichtlinie ein geringerer **Carbon-Leakage-Schutz** beschlossen. So wird u.a. die Anzahl kostenloser Zertifikate verringert werden. Carbon-Leakage-Schutz ist gerade für die NE-Metallbranche besonders wichtig. Die NE-Metallindustrie ist energieintensiv und steht im globalen Wettbewerb. Zudem ist sie Preisnehmer auf internationalen Märkten, d. h. NE-Metalle werden zu einheitlichen Weltmarktpreisen an internationalen Börsen gehandelt. Daher hat die NE-Metallindustrie nachweislich kaum Möglichkeiten, zusätzliche Kosten weiterzureichen.

Kleinste Preisanstiege wirken sich massiv auf die Kaufentscheidung der Nachfrager aus, so dass bereits geringste Kostenunterschiede Verlagerungen auslösen können.

- Es findet eine rein **volkswirtschaftliche Betrachtung** statt, keine betriebswirtschaftliche. Für alle Klimaschutzinvestitionen wird eine Verzinsung von 2 % angenommen. Bei dieser Rendite würde in der Realität kein Unternehmen in eine Effizienztechnologie investieren, da es in der Regel Investitionsmöglichkeiten mit höherer Rendite vorfindet und auch höhere Finanzierungskosten hat. Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen, müssen stets die besten Investitionsmöglichkeiten nutzen, da ansonsten Wettbewerbsnachteile für sie entstehen.
- Es werden **perfekte Entscheidungen** getroffen und umgesetzt. Zwar werden Umsetzungsrisiken genannt, aber im Modell und damit im Studienergebnis nicht berücksichtigt. Dies entspricht nicht der Realität. So erfolgt z. B. der Netzausbau schon heute nicht in dem Maße, wie er politisch beschlossen wurde. Solche Umsetzungsrisiken werden auch künftig existieren.
- Für ganz Deutschland wird eine sog. „**Kupferplatte**“ angenommen; also ein Stromnetz, das trotz steigender, fluktuierender Stromerzeugung keine Netzengpässe aufweist. Die reibungslose Aufnahme und Weiterleitung von Strom entspricht jedoch nicht der Realität. Das heutige Stromnetz ist an der Grenze des Belastbaren angekommen und steht dauerhaft unter Stress. So sind die Notfallmaßnahmen durch Netzbetreiber stark angestiegen. Zugleich hinkt der Neubau der Stromnetze stark hinterher. Die Projekte des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) sollten bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Bisher sind jedoch nur ca. 40 % realisiert, in manchen Bundesländern ist noch kein einziges Projekt umgesetzt. Hier driften Annahme der Studie und Wirklichkeit deutlich auseinander.

3. Ergebnisse der Studie

Die *allgemeinen* Studienergebnisse sind:

- Die Studie zeigt, dass unter den getroffenen Annahmen (s. o.) ein **N80**-Szenario bei neutraler Entwicklung des Bruttoinlandprodukts (BIP) erreichbar ist. Hierfür müssen ca. 1,5 Billionen Euro – bzw. eine Bio. Euro zusätzlich zum Referenzszenario – investiert werden.
- Ein nationales 95 %-Ziel (**N95**) kann hingegen nicht erreicht werden.
- **G95** kann zwar bei neutraler BIP-Entwicklung erreicht werden, jedoch müssen hierfür ca. 2,3 Bio. Euro investiert sowie gesellschaftlich nicht akzeptierte Maßnahmen wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) und Reduktion der Emissionen aus dem Tierbestand ergriffen werden. Zudem scheint es derzeit politische Utopie, global oder gar nur in den G20-Staaten klimapolitische Rahmenbedingungen vorzufinden, die zu gleichem Belastungsniveau führen.
- In allen drei Szenarien liegen die Einsparungen durch die Klimaschutzmaßnahmen deutlich unterhalb der notwendigen Investitionen, sodass **Kosten** zwischen 500 Mrd. und einer Bio. Euro entstehen. Da das Referenzszenario kein Nullkostenszenario ist, sind die tatsächlichen Kosten höher als im N80- und G95-Szenarien ausgewiesen.

Die *wichtigsten* Studienergebnisse für die NE-Metallindustrie sind:

- Im N80-Szenario kommt es bei perfekter Umsetzung aller Maßnahmen zu einem **Strompreisanstieg** von 0,4 % pro Jahr. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass bereits dieser geringe Strompreisanstieg trotz eines vollständigen Carbon-Leakage-Schutzes die Existenz der NE-Metallindustrie am Standort Deutschland gefährden kann. Die WVMetalle fordert daher nicht nur einen vollständigen Carbon-Leakage-Schutz und angemessene

Ausgleichsregelungen für die NE-Metallindustrie, sondern auch global konkurrenzfähige Strompreise verlässlich über die nächsten Jahrzehnte.

- Darüber hinaus stellt die Studie fest, dass sich **Effizienzmaßnahmen** in der NE-Metallindustrie deutlich weniger lohnen als in anderen Sektoren. Dies liegt daran, dass der Anteil an Energie, der aus physikalischer Sicht für die Metallerzeugung benötigt wird, relativ hoch ist. Statt weitere Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen, sollte in der NE-Metallindustrie eher die Recyclingmenge erhöht werden. Hierdurch lassen sich ca. 2 Mio. Tonnen CO₂ einsparen.
- Die **Wachstumschancen** für die NE-Metallindustrie sind laut der Studie in allen drei Szenarien gering. Zwar steigt die Nachfrage nach NE-Metallen, jedoch wirkt sich das nicht signifikant positiv auf die deutsche NE-Metallindustrie aus. Dies impliziert einen stärkeren Import von NE-Metallen aus dem Ausland.

4. Stellenwert von Klima- und Industriepolitik

Wenn Deutschland 1,5 Bio. Euro für die Erreichung des nationalen 80 %-Ziels – bzw. 2,3 Bio. Euro für die des globalen 95 %-Ziels – investiert, ohne hierfür BIP-Wachstum zu erhalten, bedarf es zunächst eines **gesellschaftlichen Konsens** über die Rolle des Klimaschutzes. Denn diese Mittel stehen nicht mehr zur Verfügung für Investitionen in andere gesellschaftlich relevante Bereiche wie Bildung, Infrastruktur, Rente oder Gesundheit. Zudem muss die Politik kommunizieren, dass die gewaltige Investitionsanstrengung letztlich von den Bürgern finanziert werden muss. Dies wird zu Lasten der Einkommen gehen, da die Kosten durch die Konsumenten oder Steuerzahler getragen werden müssen.

Der dargestellte Erhalt der industriellen Wertschöpfung bis 2050 ist kein Ergebnis der Studie, sondern ist über die Vorgabe eines ausreichenden Carbon-Leakage-Schutzes als Annahme in das Modell eingeflossen. Eine Steigerung der **industriellen Wertschöpfung** wurde nicht als Ziel ausgesprochen oder als Bedingung aufgestellt, sondern wurde der Klimazielerreichung untergeordnet. Eine globale konkurrierende Industrie kann aber nur dann langfristig erfolgreich bleiben, wenn sie die Chance hat, zu wachsen und ihre Wertschöpfung zu steigern. Dies muss die Politik berücksichtigen.

FORDERUNGEN, DIE SICH AUS DER STUDIE ABLEITEN

- Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Carbon-Leakage-Schutz so ausgeweitet werden, dass alle direkten und indirekten CO₂-Kosten kompensiert werden.
- Die Politik muss für die NE-Metallindustrie global konkurrenzfähige Strompreise sicherstellen, da bereits ein minimaler Strompreisanstieg ihre Existenz am Standort Deutschland gefährden kann.
- Statt weiterer Energieeffizienzmaßnahmen in der NE-Metallindustrie sollte die Politik das Metallrecycling fördern, da die CO₂-Einsparungen hier günstiger zu erreichen sind.

Berlin, den 17. Januar 2018

Kontakt:

Nima Nader

Klimapolitik

Telefon: 030 / 72 62 07 – 102

E-Mail: nader@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin